№ 32. 1845.

# Zei- tung
# des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Freitag den 7. Februar.

## Inland.

Berlin den 4. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Staats-Secretair und Präsidenten des Ober-Censurgerichts, Wirklichen Geheimen Ober-Justizrath Bode, und den Geheimen Ober-Tribunals-Rath Dr. Puchta zu Mitgliedern der Gesetz-Kommission zu ernennen.

Se. Durchlaucht der Fürst Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen, ist aus Ober-Schlesien, der Fürst zu Lynar, von Drehna, und der General-Major und 2te Kommandant von Erfurt, von Klaß, von Erfurt hier angekommen.

Bülow-Cummerow sagt in seiner neuesten Schrift: „Es ist nicht unsere Absicht, die Behörde anzugreifen, aber der Wille des Königs ist unverkennbar, daß sein Volk mit der Verwaltung des Staatsvermögens bekannt werde und die öffentliche Meinung Gelegenheit habe, sich darüber auszusprechen, denn werden Mängel aufgedeckt, so giebt es Gelegenheit, diese abzustellen, und beruhen sie auf unbegründeten Beschuldigungen, sie zu berichtigen." Auch ohne diese Versicherung wird es Niemanden einfallen, dem Herrn v. B. sogenannte destruktive Tendenzen beizumessen, mit welchen man von gewissen Seiten so gerne diejenigen bei Seite zu schieben sucht, denen auf logische Weise schwer zu antworten ist. Herr v. B. will in der That nur das Wohl des Vaterlandes und ohne alle Aufregung; er setzt die Verhältnisse ruhig auseinander, und je klarer sie ihm werden, je mehr befestigt sich in ihm die Ueberzeugung, daß jenes Wohl nur durch eine fortschreitende Entwickelung des Staates zu erreichen ist. Nichts ist ihm ferner als Theorien, nichts ferner, als jene Ideologie, die von Napoleon nicht geringer geschätzt werden konnte, als von einer kleinen Partei bei uns. Wenn diese nur nach Praxis ruft, so zeigt Herr v. B., daß man nicht mehr auf praktischem Boden sein kann, als er, und daß man deshalb doch von ganz andern Grundsätzen ausgehen kann, als denen jener Partei. Er bewegt sich ausschließlich im Materiellen, aber entwickelt gerade daraus die geistigen Forderungen. Er will, daß das Land blühe, daß die Nation, wie es in der bekannten Verordnung heißt, nicht mehr Abgaben zahle, als nöthig, daß die Abgaben gut vertheilt seien und indem er beweist, daß dies nach den bestehenden Formen nicht auszuführen, so schließt er natürlich daraus, daß andere Formen nöthig sind. Nachdem er nachgewiesen, daß die wirklichen Einnahmen um die Hälfte höher, als das Budget sie angiebt, zeigt er ferner, wie in mehren Zweigen der Verwaltung diese Einnahme noch weiter steigen könnte, wenn nicht ein zu großer Theil von der Administration verschlungen würde. Man verwaltet wohlfeiler da, wo man gezwungen ist, jährlich eine genaue Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben vorzulegen und wenn dabei manche Mängel sichtbar werden, so sind sie doch nicht im Verhältniß zu den Lasten eines komplizirten Schematismus. Herr v. B. kommt dadurch auf die Nothwendigkeit einer jährlichen Vorlegung des Budgets und auf die Konzentrirung des Finanz-Departements in Einer Hand. Die Finanzen ressortiren jetzt bekanntlich vom Finanz-Minister, vom Minister der Militair-Verwaltung, von dem des Schatzes, von dem der Domainen und Forsten, von dem der Justiz und von dem der Post. Aber es ist nicht die Erschwerung der Kontrolle allein,

welche dadurch eintritt, der größte Uebelstand ist der, daß der Finanz-Minister dadurch verhindert wird, wahrhaft durchgreifend auf die Finanzen des Landes, auf den Geldverkehr zu wirken, da die Banken &c., durch welche dies geschehen kann, wieder einer andern Hand anvertraut sind. So zwar, daß bei uns ein Finanz-Minister eigentlich nur die Aufgabe hat, die Einnahmen und Ausgaben zu registriren, an der Spitze eines geordneten Räderwerkes zu stehen. Das Finanz-Departement ist aber mit das wichtigste in jedem Lande, in welchem Handel und Wandel blühen sollen, der ganze Verkehr ruht auf einem geordneten Geldumlaufe, diesen zu ordnen, bedarf es nicht blos der Einsicht, sondern auch der Mittel, nach dieser Einsicht jeder Zeit mit Kraft handeln zu können. Die Finanzen müssen daher nicht bloß in der Hand eines höchstbefähigten Mannes ruhen, sondern dieser Mann muß in den Stand gesetzt werden, sein Talent zu benutzen und darum müssen ihm vor Allem alle finanziellen Institute des Landes untergeordnet sein. Es genügt nicht, daß die einzelnen Partieen vortrefflich geleitet werden, das Ziel wird nur erreicht, wenn die Gesammt-Resultate die möglichst günstigen sind. Der Vortheil, welchen ein einzelner Zweig nachweist, kann oft ein Schaden für das Ganze sein. So lange aber dies Ganze in selbstständige Partieen getheilt ist, hat jede Partie das Recht, ja sogar die Pflicht, nur für ihren eigenen Ertrag zu sorgen; sie haben alles Mögliche gethan, wenn alle einzeln ihre Resultate verbessert haben, und doch kann das Ganze darunter gelitten haben. Wenn die Schulden-Verwaltung den Zinsfuß reduzirt, so steigt ihre Bilanz; wenn dadurch das Geld vertheuert wird, so leidet der Verkehr, und andere Einnahmen fallen. Es ist ein augenblicklicher Geldnutzen eingetreten, aber es kann zugleich ein großer staatsökonomischer Nachtheil entstehen, was nur zu vermeiden ist, wenn alle diese Geldpartieen in Einer Hand zusammenliegen, welche eben dadurch gehalten ist, eine Sache von allen Seiten zu erwägen. Die große Frage würde jedoch immer, wenn das Budget bekannt würde, die sein, ob wirklich die Einnahmen so groß sind, als sie Herr v. B. angiebt. Es ist vielfach der Satz aufgestellt worden, daß in unserer Zeit ein Staat nicht mehr Summen aufsparen dürfe, als eben nöthig, um im Falle eines plötzlichen Krieges die ersten Bedürfnisse zu bestreiten. Was darüber, entzieht dem Volke eben so viel an Kraft. Dieser Satz scheint sehr richtig, um so mehr aber dürfte es, bei den notorisch immer zunehmenden Einnahmen, die noch in ganz andern Verhältnissen zunehmen würden, wenn die Erhebung einfacher geordnet wäre, an der Zeit sein, diejenigen Lasten zu verringern, welche den Verkehr lähmen, besonders aber die, welche den Theil der Nation treffen, der sie am wenigsten zu tragen vermag. Herr von Bülow behauptet, das Kontrollwesen sei Schuld, daß, wenn die Einnahme auch noch so steige, dennoch dadurch die Ausgabe in demselben Verhältniß zunehmen würde. „Eine Menge Federn, sagt er, bewegen sich, um Mittel vorzuschlagen, wie der überhand nehmenden Verarmung und deren Folgen vorzubeugen sei. Das durchgreifendste Mittel dagegen ist: die ersten Lebensbedürfnisse nicht zu vertheuern und vor allem den Händen Arbeit zu verschaffen. Die Geschäftslosigkeit, welche aus der Vertheuerung der ersten Lebensbedürfnisse und ihre Rückwirkung auf den Arbeitslohn entspringt, sind Gründe der Erwerbslosigkeit. Man hat angeführt, daß wenn die ersten Bedürfnisse wohlfeiler würden, der Arbeitslohn mitsinken würde und der arbeitenden Klasse mithin nicht geholfen werde. Angenommen dies sei theilweise der Fall, so kommen die Gewerbe dadurch in die Lage, mehr Hände zu beschäftigen, weil sich bei wohlfeiler Fabrikation ihr Markt erweitert; ihr eigener Vortheil wird sie jedoch hindern, den Lohn so herunter zu setzen, daß die Arbeiter dabei nicht bestehen können. Jedenfalls — und dies verdient besondere Berücksichtigung — steht es fest, daß wohlfeileres Brod und billigeres Leben die Chance der Handarbeit gegen die Maschinenarbeit günstiger stellt, und daß hierin ein sehr wesentlicher Schritt zur Bekämpfung des Pauperismus liegt." Lokal-Vereine sind sehr schön, aber mit den Diskussionen allein wird der Noth nicht abgeholfen. Die Hauptsache, will man wirklich etwas thun, ist, daß man die oben genannten Uebel beseitige, wenn es auch etwas Geld und Mühe kostet.

---

Breslau. — In der dritten constituirenden Versammlung der neuen katholischen Gemeinde, zu welcher sich die Theilnehmer wieder sehr zahlreich eingefunden hatten, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Taufe und Abendmahl sind die beiden anerkannten Sakramente. Die Liturgie ist nach den Bedürfnissen der Zeit einer Umänderung fähig. Taufen, Trauungen, Begräbnisse und dergl. Handlungen werden in allen Fällen durchaus unentgeltlich verrichtet. Die Angelegenheiten der Gemeinde werden durch den Vorstand derselben, bestehend aus dem Geistlichen und den Vorstehern, besorgt. Die Wahl der letztern wird von Seiten der Gemeindemitglieder, und zwar jedesmal am Pfingstfeste, vorgenommen. Die Gemeinde feiert nur die vom Staate bereits anerkannten Feste. — Der wichtigste Theil der Berathung war unstreitig der über das anzunehmende Glaubensbekenntniß. Die Gemeinde entschied sich nach längern Debatten für die

Annahme des **apostolischen** Glaubensbekenntnisses, fügte aber zugleich die Erklärung bei, daß mit der Aufstellung desselben der freien Forschung und dem Gewissen des Einzelnen kein Zwang auferlegt werden solle. Die Versammlung trennte sich gegen 1 Uhr. Künftigen Sonntag findet wieder eine Berathung statt. (Bresl. Z.)

**Breslau** den 2. Feb. Heute setzte unsere neu sich bildende, „christkatholische“ Gemeinde (wie oben in Kürze berichtet) ihre Berathungen fort. Herr Ronge eröffnete dieselben mit einem Vortrage, welcher zum Hauptmotto den Gedanken hinstellte: „Ein Hirt und Eine Heerde!“ und die Ursachen entwickelte, warum bisher solch' schöne Hoffnung noch nicht durch das Christenthum in Erfüllung gegangen. Er fand die Hauptgründe zu dieser betrübenden Wahrnehmung in der Entstellung wahrer Religiosität und dem daraus folgenden Indifferentismus, ferner in der Verwahrlosung der niedern Stände, endlich in der unzweckmäßigen Erziehung der Jugend, welche nicht hinlänglich fürs Leben und zur rechten Menschen- und Vaterlandsliebe herangebildet werde. Darauf ging er zu den eigentlichen Verhandlungen über nach der Vorbemerkung, „daß bloß den eigentlichen Mitgliedern das Wort verstattet sei,“ da man bei der letzten Versammlung die Erfahrung gemacht, daß Unberufene sich absichtlich in die Debatten gemengt, um durch ihre Opposition Unkraut unter den Weizen zu säen. — In den früheren Berathungen hatte man sich über Dasjenige geeinigt, was man als dem Geiste der Bibel zuwider blos als eine Zuthat späterer Zeiten erkannt und aus der rein-katholischen, d. h. „allgemein christlichen Glaubenslehre“ entfernen zu müssen geglaubt; dann war der Begriff der Sakramente festgestellt und als solche bloß Taufe und Abendmahl angenommen worden. Die heutige Versammlung bot mehre Gegenstände von Wichtigkeit für die gemeinsame Berathung dar. — Zuvörderst waren es die rituellen Bestimmungen, worüber man sich leicht und ohne Widerrede einigte: „die Liturgie solle ohne allen Pomp und überflüssige Ceremonien, welche das Gemüth mehr auf das Sinnliche, als das Geistige lenken, „„ganz den Einrichtungen der Apostel gemäß““ und nur nach Zeitbedürfniß und Oertlichkeit modificirt, gehandhabt, allein die durch die Landesgesetze angeordneten Festtage gefeiert und die kirchlichen Handlungen, wie Taufe, Trauung, Begräbniß für alle Gemeindeglieder ohne „„Stol-Gebühren““ verrichtet; dagegen die Befriedigung der, wie zu erwarten — geringen Bedürfnisse des äußern Gottesdienstes und die Erhaltung der Geistlichen durch verhältnißmäßige Beiträge der Mitglieder gedeckt werden“. — Was die Verfassung der Gemeinde anlange, so solle der Geistliche und die am Pfingstfest zu wählenden Aeltesten den Vorstand bilden, deren Zahl man bis zur festeren Constituirung einer solchen dahin gestellt sein ließ. — Wiewohl man nun im fernern Verlauf der Berathung bald darüber einig ward, daß jede christliche Gemeinschaft auch ihr eigenes Symbol, d. h. Bekenntniß und geistiges Bundeszeichen haben müsse, mit dem die Gemeinde-Glieder sich einverstanden erklären, um zugleich zu dokumentiren, daß Christi Geist und Wort ihre Vereinigung durchdringt, so waren über die Fassung eines solchen doch zwischen der Allgemeinheit desselben und zwischen der Aufstellung einzelner Glaubenswahrheiten die Meinungen vielfältig getheilt. Indem der Vortragende und einige Gemeindeglieder, um dem Verständniß keine Fessel anzulegen und einer größern Zahl der Bekenner den Beitritt zum Bekenntniß zu erleichtern, bloß die „allgemeinsten“ Lehren von der Dreieinigkeit nach dem apostolischen Symbolum festhalten wollten und mehrere Punkte derselben als der Zeit und dem Verständniß verfallen, aufzugeben gedachten, machte man doch von anderer Seite geltend, daß es nöthig sei, in **Glaubenssätzen** auch Das festzuhalten, was mehr als heiliges Geheimniß Sache des Gemüths, nicht blos des nüchternen Verstandes sei, da das ganze apostolische Bekenntniß, wie das religiöse Bewußtsein überhaupt, als Inbegriff metaphysischer Wahrheiten nicht mit solchem Maßstabe gemessen werden dürfe. Und insofern man die heilige Schrift als einzige Grundlage christlicher Erkenntniß festgestellt habe, und sich alle einzelnen Punkte jenes Bekenntnisses durch Stellen aus derselben belegen lasse, so seien sie auch im Ganzen als die Grundlage des christkatholischen Glaubens anzunehmen. Nach Vergleichung des nicenischen und athanasischen Symbolums, die beide den Charakter der Polemik und ihrer Zeit zu sehr an sich tragen, und nach rüstigem Kampfe für und wider, wobei besonders ein Mitglied gewichtige Worte über die supranaturalistische Seite alles Religiösen sprach, wurde unter allgemeiner Acclamation festgesetzt, das apostolische Glaubensbekenntniß „ohne Auslassungen“ anzunehmen, dabei aber die „Forschung“ in geistlichen Dingen „durchaus freigegeben“ und „jede Verdammung Andersdenkender ausgeschlossen.“ Dagegen wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeindelehrer aufgefaßt, „zur lebendigen Erkenntniß der christlichen Wahrheit auf Grund der heiligen Schrift und der durch die christliche Idee bewegten und erleuchteten Vernunft in Wort und Werk beizutragen und kräftig mitzuwirken.“ Mit Aufstellung dieses Prinzips, welches den innern Lebenskeim

bei positiver Grundlage für christliches Leben, Fühlen und Wissen pflanzen soll und zugleich die Bürgschaft ist für die allmählige Annäherung an andere auf die Offenbarung gegründete Confessionen, trennte sich die Versammlung, welche in ihrem ganzen Verlauf eine Würde behauptete, die offenbar aus der lebendigen Ueberzeugung von dem heiligen Ernst ihrer Sendung und der Wichtigkeit ihrer Sache hervorgegangen war. — (Bresl. Z.)

Berlin. — Unsere Stadtverordneten regen sich bedeutender, als je. Sie haben diesmal so gut wie andere Städte ihre Provinzial-Landtags-Anträge gemacht, sie haben endlich 5000 Thaler zu dem Friedrichshaine, der so lange als „papierner Garten" verspottet ward, bewilligt und 500 Thlr. der Pischon-Stiftung zur Unterstützung hülfsbedürftiger Lehrer; obgleich den Lehrern so geholfen werden muß, daß man sie für ihre Dienste, welche wahrlich zu den wichtigsten um Staat und Volkswohl gehören, so lohnt, daß sie nicht als Hülfsbedürftige endlich der Wohlthätigkeit anheimfallen müssen. — Die drei großartigen Eisrutschberge, welche im Bellevue-Garten für das Hof-Personal erbaut sind (große Eisquadern in künstlichen Gebirgen zwischen Tannen-Rahmen) ziehen fortwährend viel Volks als Zuschauer heran, da der Zutritt nicht verwehrt ist. Beim Beginn der Bahn ist die Senkung so steil, daß nicht Wenige unter oder über oder hinter den rothsammetenen Schlitten wie fliegend dahinrutschen. Große Handschuhe und sonstige Vorsichtsmaßregeln schützen vor gefährlicheren Verletzungen; doch sind einzelne Verstauchungen und Gliederbrüche vorgekommen. — In Bezug auf das Deutsch-Iberische Projekt ist noch zu melden, daß man den Prospekt namentlich dem Schlesischen Handelsstande zugeschickt hat, um dessen Gutachten und Rath einzuholen. Nachdem die verschiedenen Gutachten eingegangen sein werden, will man sie zur öffentlichen Diskussion bringen. Sachverständige werden, auch unaufgefordert, wohlthun, das Ihrige zur Förderung des Plans durch Rath und und That beizutragen. Mit Handelskonjunkturen Vertraute, versichern, daß sich Spanien und Portugal vorzüglich und zunächst für Erweiterung Deutscher Absatzwege mit sicherm Gewinn eignen. Wie gesagt, es gilt hierbei vor Allem den Flor des Leinwandhandels, wodurch nicht nur die Schlesischen Gebirge, sondern auch andere Provinzen nachhaltig gehoben und gefördert werden können.

---

## Ausland.

### Deutschland.

Hannover den 28. Januar. In Betreff des Hildesheimischen Bischofs und seines Canisiusschen Katechismus vernehme ich aus glaubwürdiger Quelle, daß, nachdem sich der Bischof geweigert habe, die Strafe von 50 Thlr. zu zahlen, die Exekution gegen ihn erkannt sei, unser Ministerium aber — ihm dieselbe erlassen habe. Bemerkenswerth ist es übrigens, daß das katholische Consistorium in Hildesheim selbst wegen des Katechismus als Ankläger beim Ministerio aufgetreten ist, und daß vor vielen Jahren der gemäßigte Ontrupsche Katechismus von dem Pater Lüsken, einem Mitgliede der Gesellschaft Jesu, an die Stelle des damals gebräuchlichen Canisiusschen Katechismus eingeführt wurde. — Die protestantische Geistlichkeit Hildesheims hat sich vor Kurzem an das Consistorium zu Hannover mit der Klage gewandt, daß sie sich durch den Glaubenshaß predigenden Katechismus des Bischofs Wandt gefährdet sehe!

Stuttgart den 29. Jan. (U. S.) Gestern Nacht wurde Graf Benetti, Lehrer des Italienischen bei den königlichen Prinzessinen, plötzlich vom tobenden Wahnsinn befallen. Er wollte sich im Bazar zum Fenster hinausstürzen; mehrere Polizeidiener mußten ihn halten. Da alle angestellten Versuche, ihn zur Besinnung zu bringen, nichts fruchteten, so wurde er mit der Zwangsjacke belegt und in die Anstalt zu Winnenthal geführt. Er war ein ziemlich betagter, hochgewachsener, unterrichteter, stiller und milder Mann von feinen Sitten; seit 1819 lebte er hier. Sein Vaterland soll er aus politischen Gründen verlassen haben, und in der Großmuth unseres Königs fand er ein gesichertes Asyl. — Vischer's Schicksal ist noch nicht entschieden. Die Aeußerung der Majorität des akademischen Senats in Tübingen lautet dahin, daß Vischer allerdings der Staatsreligion zuwiderlaufende Grundsätze bekannt habe, aber der Senat sich nicht entschließen könne, der Entscheidung des königl. Ministeriums durch einen Antrag vorzugreifen. Zu Vischer's Vertheidigern gehörten die Professf. Baur, Fallati, Ewald, Hefele, die beiden Gmelin 2c. Seine Gegner will ich nicht signalisiren. — Daß eines unserer Blätter sich an seiner Aeußerung: „wir hassen alle Demagogie" stößt, ist ihm nicht zu verargen. Es versteht den Ausdruck eben nicht. Was es sogleich auf sich selbst und Consorten deutet, will offenbar nur heißen: „wir wollen unsern wissenschaftlichen und politischen Ansichten nicht auf dem Wege der Massenaufregung Geltung erzwingen."

Fulda. — Kürzlich ist den Schülern des hiesigen Gymnasiums von ihrem Religionslehrer dringend empfohlen worden, für Ronge zu beten, damit Gott sein Herz wende, und er reuig in den Schooß der römisch-katholischen Kirche zurückkehre. Derselbe Lehrer, welchem von Jahr zu Jahr immer

mehr der Religionsunterricht in die Hände gegeben wird, pflegt zu sagen, wenn ein Schüler, der nichts gelernt hat, vor ihm steht: Du stehst ja da wie Luther auf dem Reichstage zu Worms, der sagte: hier stehe ich, ich kann nicht weiter! (sic!)

Dresden den 1. Februar. Mit großem Interesse verfolgt man hier jetzt die Jesuitenwirren in der Schweiz, mit innigem Bedauern für das unglückliche, in so unselige Parteiungen durch religiösen Zwist zerrissene Land, und wünscht ihm bald einmal Ruhe und Frieden, auf den es freilich sehr wenige Aussicht hat, wenn die energischen Protestationen gegen die Jesuiten fruchtlos bleiben sollten, wie es fast den Anschein gewinnen will; denn wird ihr Einzug einmal garantirt, wird es ihnen gesetzlich freigestellt, festen Fuß in dem Lande der Freiheit zu fassen, so dürfte diese bald der geistigen Knechtschaft gänzlich weichen müssen. Die Folgen eines solchen Schrittes sind unberechenbar, zumal wenn man erwägt, daß der Ultramontanismus jetzt, da er nun einmal unzeitig an die große Glocke geschlagen, den Kampf auf Leben und Tod eingeht und einzugehen gezwungen ist, da er nur im Kampfe mit dem Wahne des Sieges sich schmeicheln kann, während ein schmählicher Rückzug jetzt die eigene Ueberzeugung von der Haltlosigkeit seiner Sache verrathen hieße. Dadurch aber würden Vielen die Augen ganz geöffnet werden, die jetzt nur erst einen leichten Schimmer der Wahrheit sehen; es würden Viele auf die Seite der siegenden Partei sich wenden, die jetzt noch zu wenig Muth und Thatkraft besitzen, offen und ohne Rückhalt mit ihrer innersten Ueberzeugung hervorzutreten. Und das ist es eben, was man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhüten sucht. Aber in dieser Ueberzeugung bewacht man denn natürlich auch alle Schritte jener Partei, um wenigstens mit ihrer Taktik au fait zu bleiben und stets zur Defensive gerüstet zu seyn; deshalb legt man auch manchen Thatsachen, die unter andern Umständen weniger bemerkt werden würden, mehr Gewicht bei, als sie vielleicht an und für sich verdienen, und bringt sie, vielleicht eben auch voreilig, mit jenem Feldzugsplan in Verbindung. Zwar die Demonstrationen des sogenannten Triumphzugs des Bischofs Arnoldi in der Rheinprovinz berühren sehr wenig; denn wer kennte dergleichen nicht, wer wüßte nicht, wie Dergleichen hervorzurufen, wer erinnerte sich nicht aus einer allerdings, Gott sei Dank! entschwundenen Zeit jener Polizeiverfügungen, in denen bei namhafter Strafe eine freiwillige Erleuchtung oder dem Aehnliches den loyalen Unterthanen anbefohlen ward? Aber Das, was neuerdings in Baiern, dessen Monarch durch sein Schreiben an den Bischof von Würzburg als so durchaus von dem Paritätsrechte der Confessionen durchdrungen sich bewiesen, die kleine evangelische Gemeinde zu Passau erfährt, was in Speyer durch die Umwandlung des evangelischen Gymnasiums in ein katholisches vorbereitet wird: das hat hier einen schmerzlichen Eindruck hervorgebracht, und ist allerdings, wenn man es, wie man doch kaum anders kann, in Verbindung mit den Zeitereignissen betrachtet, wenig geeignet, einen günstigern Eindruck hervorzurufen.

## Oesterreich.

Wien den 30. Jan. (N. K.) Die Geymüller'sche Concurs-Angelegenheit, die zu ihrer Zeit so großes Aufsehen machte und so bedeutende Reactionen in der Oesterreichischen Finanzwelt nach sich zog, steht nunmehr auf dem Punkte, abgeschlossen zu werden. Der Advokat Reindl hat sie mit großer Umsicht geleitet und es werden den Gläubigern sogar 50 pCt. zurückerstattet — ein Resultat, welches man in keinem Fall vermuthete. — Die k. k. Staatsbahn ist in einer Länge von 10 Meilen von Olmütz bis Landskron in Böhmen mit allen dazu gehörigen Gebäuden vollendet, und es wird vermuthlich in den nächsten Tagen eine Probefahrt darauf vorgenommen werden. Es dürfte, dem Umfange der bisher zu Ende geführten Arbeiten nach zu urtheilen, die gesammte Bahn von Olmütz bis Prag im Monate Oktober l. J. vollendet sein.

## Frankreich.

Paris den 31. Jan. Auf die nach dem Entwurf unverändert angenommene Adresse der Deputirten-Kammer, welche vorgestern Abend dem Könige überreicht wurde, antwortete Se. Majestät: „Meine Herren Deputirten, Ich danke Ihnen für diese loyale Adresse. Sie wird mit dem Gewicht, welches Allem inwohnt, was von Ihnen ausgeht, dazu beitragen, unsere Zukunft vor den Gefahren zu schützen, welche die Blindheit der Leidenschaften nur zu oft über die Völker bringt. Gegenseitige Achtung der Gerechtigkeit und des Friedens herrscht in unserrn Beziehungen zu allen fremden Mächten, und die zwischen Frankreich und England so glücklich und ehrenvoll wiederhergestellte Eintracht zeugt für den weisen und versöhnlichen Sinn, der beide Regierungen beseelt. Dank Ihrer Mitwirkung, dem Beistande, welchen Sie meiner Regierung geliehen, Dank der Festigkeit, welche die Uebereinstimmung der Gewalten unseren Institutionen gegeben, erfreut sich unser Vaterland, unter dem Schutz der göttlichen Vorsehung, jener stets zunehmenden Wohlfahrt, welche den Ruhm Meiner Regierung und, wenn Ich es sagen darf, Meinen persönlichen Trost bildet. Und statt die benachbarten Nationen befürchten zu sehen, daß Frankreichs Stärke und Macht zu den Verheerungen des Krieges oder zur Verbreitung der revolutionairen Anarchie verwendet

werden möchten, haben wir ihnen das gerechte Vertrauen eingeflößt, daß unsere Stärke und unsere Macht für sie wie für uns ein Unterpfand des Friedens und der Sicherheit sind. Ich bin sehr gerührt von den Gesinnungen, welche Sie Mir für Meine Familie und für Mich ausdrücken. Stets unserem Vaterlande hingegeben, finden Meine Söhne ihr Glück darin, ihm dienen zu können, und ihre Hingebung wird, gleich der Meinigen, keine andere Gränzen haben, als die unser Leben uns setzt."

Die konservativen Deputirten hielten gestern früh eine Versammlung, welche von nahe an 200 Mitgliedern der Kammer besucht war. „Man hatte", sagt das Journal des Débats, „noch nie eine so zahlreiche und so bewegte Versammlung von Konservativen gesehen." Herr Hartmann führte als ältestes Mitglied den Vorsitz; er setzte die Schwierigkeiten des Augenblicks auseinander, so wie die Pflichten, welche derselbe der konservativen Partei und dem Ministerium auferlege, und schlug vor, daß eine Deputation an den Conseils-Präsidenten geschickt würde, um das Kabinet zu ersuchen, daß es die Leitung der Angelegenheiten beibehalte. Dieser Vorschlag fand sogleich den lebhaftesten Beifall, und die Versammlung beauftragte ohne weitere Verhandlungen ihr Büreau, welches aus den Herren von Bussières, Chasles, d'Angeville und François Delessert zusammengesetzt worden war, sich in Begleitung der beiden anwesenden Marschälle von Frankreich, des Grafen Sebastiani und des Herzogs von Isly, so wie der zur Majorität gehörenden Mitglieder des Büreau's der Kammer, sich mit jenem Gesuch zum Marschall Soult zu begeben. Die an den Marschall abgeschickte Deputation erhielt von diesen die Versicherung, daß er und seine Kollegen nicht „desertiren" würden, und daß er seinen Ruhm darein setze, nach sechzigjährigen Diensten alle seine noch übrigen Kräfte der Erhaltung der konservativen Prinzipien zu weihen. Auch zu Herrn Guizot begab sich dann die Deputation, der ihr eine ähnliche Versicherung gab.

Der Constitutionnel behauptet, es hätten zwanzig Mitglieder des Centrums jeder tausend Franken zu Gunsten der Entschädizung Pritchard's unterschrieben, damit das Ministerium nicht in die Verlegenheit geriethe, dieselbe von der Kammer fordern zu müssen.

Der Moniteur erklärt, daß gegenwärtig nur vier Bischöfe in Paris anwesend seien, und keine Versammlungen unter dem Vorsitze des Erzbischofs von Paris stattfänden.

In der gestrigen Sitzung der Deputirten-Kammer war der Gesetz-Entwurf über den definitiven Rechnungs-Abschluß für 1842 an der Tages-Ordnung. Die allgemeine Diskussion wird geschlossen und man schreitet zur Abstimmung über die Artikel. Die die öffentliche Schuld betreffenden wurden ohne Diskussion angenommen.

Die Veröffentlichung der Liste der 213 Deputirten, welche in der Adreß-Debatte das Ministerium fest unterstützten, gewährt wenigstens den Vortheil, daß alle Welt nun sich überzeugen kann, wie diese Majorität durchaus aus wirklich entschiedenen Konservativen besteht, daß sonach dadurch der Vorwand für die Opposition zusammenfällt, als habe das Ministerium nur mit Hülfe der Stimmen der äußersten Parteien der Republikaner und Legitimisten gesiegt, die nach einer Berechnung des Pessimismus angeblich für das Kabinet stimmten. Die Liste scheint so ziemlich richtig, wenigstens sind bis jetzt nur zwei Einsprüche dagegen vorgekommen.

Der Schwindel an der Börse mit Eisenbahn-Aktien, die erst noch zu schaffen sind, und namentlich mit Promessen, wächst noch immer. Zahlreiche Agenten der Spekulation bewegen sich in den Reihen der Eisenbahn-Aktien-Liebhaber, und da nur ein Zehntheil des Betrags gleich anfangs eingezahlt werden muß, so kann Jeder, der es zu dem Besitze eines Billets von 500 Fr. gebracht hat, für zehn Aktien unterzeichnen. An die darauf folgenden Einzahlungen denkt Niemand, Jeder hofft, seinen Titel noch vor der zweiten Verfallzeit mit Prämie wieder abgesetzt zu haben.

Der Constitutionnel erklärt, daß das Ministerium nach seiner jüngsten Niederlage nicht länger mehr im Amte bleiben könne, ohne an die Wähle- zu appelliren; wolle es dies nicht, so müsse es abr treten, da sein ehrenhaftes Fortbestehen fortan, dem In- und Auslande gegenüber, unmöglich sei. Das Blatt des Herrn Thiers scheint übrigens noch daran zu zweifeln, ob Herr Guizot sich zu einem von beiden Schritten entschließen werde. Der National greift zwar das Ministerium heftig an, scheint aber nicht zu glauben, daß die Opposition, welche er fragt, wer denn das fallende Kabinet ersetzen solle, sich sonderlich mit Ruhm bedeckt habe.

Die Quotidienne hofft, daß das Kabinet, welches dem jetzigen nachfolge, die Rücksichten auf Frankreichs Ehre und Würde nicht so schmählich vergessen werde. Ein anderes legitimistisches Blatt, die France sagt: „Das Kabinet kann als gestürzt betrachtet werden, als eine Existenz, die in den letzten Zügen liegt. Man darf aber nicht vergessen, daß es sich um Leute handelt, welche sich auch durch die entschiedensten Mittel moralischer Austreibung nicht vor die Thür werfen lassen."

## Spanien.

Madrid den 23. Jan. Obschon man allge-

mein darüber einverstanden ist, daß durch die Hinrichtung Zurbano's der Nation ein wichtiger Dienst geleistet worden und nur die strengste Gerechtigkeit geübt wurde, so tadelt man dennoch das übereilte Verfahren der Behörde. Die Königl. Gnade zeigt sich fortwährend sehr milde (?), und man erwartet binnen Kurzem noch mehrere Beweise derselben.

Allgemein ward heut versichert, daß in Folge eines gehaltenen Minister-Raths ein Courier nach Logrono mit dem Befehle abgegangen sei, Zurbano's Hinrichtung bis auf Weiteres auszusetzen. Der Befehl kam zu spät. — Man erfährt noch, daß ein Priester, der in dem Hause wohnte, wo Zurbano ergriffen wurde, sich in dem Augenblicke erschoß, als man auch ihn gefangen nehmen wollte. Er fürchtete ohne Zweifel, als Mitschuldiger bestraft zu werden. — Daß das Ministerium sehr zur Milde geneigt ist, davon giebt Prims Begnadigung, der zu Gunsten Zurbano's nach Logrono geschickte Courier, und Concha's Ernennung zum General-Capitain von Katalonien, welchem sehr versöhnliche Instruktionen gegeben sind, und endlich die Zurückberufung eines der Brüder des Milans in's Ministerium einen überzeugenden Beweis. Die baldige Befreiung der des Mordversuchs gegen Narvaez Angeklagten verdient in dieser Hinsicht, ebenfalls bemerkt zu werden.

General Rodil ist aus der Armeeliste gestrichen und aller seiner Titel und Würden verlustig erklärt, General de Meer aber zum Grand von Spanien und Grafen von Gra ernannt worden.

### Großbritannien und Irland.

London den 30. Jan. Die hiesigen Blätter begleiten die Adreß-Debatte in der Französischen Deputirten-Kammer, deren Schluß gestern bereits hier bekannt geworden ist, mit ausführlichen Kommentaren, die indeß an dem bekannten Standpunkte der Kontroverse nichts ändern. Die ministeriellen Organe Standard und Morning Herald wünschen dem Lande Glück zur Erhaltung des Guizotschen Kabinets und polemisiren gegen die sogenannte „Thiers-Palmerstonsche Coalition", d. h. die Oppositions-Parteien beider Länder, welche, obschon mit einander im Widerspruch, doch von dem Sturze jenes Kabinets jede für ihr Land das endliche Aufhören erniedrigender Konzessionen erwarten. Denn daß Lord Aberdeen in der Pritchardschen Angelegenheit die Interessen Englands nicht gehörig gewahrt habe, sind die Whig-Organe trotz des Geschreis der Französischen Opposition über die vermeintliche Erniedrigung Frankreichs in dieser Sache so überzeugt, daß ihre Argumente selbst bei einflußreichen Tory-Organen Anklang finden, und die Morning Post z. B. die gegen Pritchard gerichteten Anklagen für vage Beschuldigungen erklärt, die das Verfahren gegen denselben nicht rechtfertigen können.

Das Riesen-Dampfschiff „Great Britain" liegt jetzt hier im Hafen und wird für Geld zu sehen sein. Auf der Fahrt von Bristol hierher hat es seine Schnelligkeit und Kraft bei schwerem Unwetter aufs trefflichste bewährt.

Die Anklageakte gegen den Hrn. Ward zu Oxford, welcher sich den 13. Februar wegen seines Crypto-Katholizismus verantworten soll, ist eben erschienen. Es werden mehre Stellen aus seinem Werke als Anklagepunkte angeführt, die freilich bekunden, daß der gelehrte Verfasser nichts weniger als von der Wahrhaftigkeit und Haltbarkeit der Anglikanischen Dogmen überzeugt ist. Unter Andern finden sich darin folgende Passus: „Ich kenne keine einzige Erscheinung in der Kirche — den Arianismus im vierten Jahrhundert ausgenommen — welche mir so ganz aller Ansprüche auf Sympathie und Achtung baar erscheint, als die Englische Reformation." Ferner sagt er an anderer Stelle, daß er „auf keine einzige Römisch-katholische Doktrin verzichte" und daß die Englische Geistlichkeit allmälig „die Römisch-katholischen Glaubenssätze" annehme.

Privatbriefe aus Neuseeland geben traurige Berichte über den Zustand der dortigen Ansiedler. Leute, die unter den besten Verhältnissen und mit Vermögen dort hingegangen, sind buchstäblich dem Hungertod nahe. Das Geringste, was die Neuseeland-Compagnie thun kann, ist, den dringendsten Lebensbedürfnissen der Leidenden abzuhelfen, da sie für ihre Enttäuschung und schrecklichen Verluste sie nimmer entschädigen kann.

### Niederlande.

Aus dem Haag den 30. Jan. Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich wird sich binnen Kurzem mit seiner Familie nach Italien begeben.

### Belgien.

Brüssel den 31. Januar. Das Journal de Bruxelles sagt, daß die mit der Untersuchung des Tunnels von Kumptich beauftragte Kommission noch keinen Bericht erstattet habe und daher vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten auch noch kein Entschluß über dessen Abänderung oder gänzliches Aufgeben gefaßt worden sei.

Wie verlautet, hätte der Nordamerikanische Gesandte sich mit der Belgischen Regierung in Unterhandlung gesetzt, um ihre Ansicht über die von Seiten der Amerikanischen Regierung beabsichtigte Transatlantische Verbindung mit Antwerpen zu erforschen, indem für diesen Fall letztere Stadt Hauptstation der Amerikanischen Dampfschiffe wird. Auch soll der Minister der öffentlichen Arbeiten, dem jetzt

die Post-Verwaltung untergeordnet ist, die Grundlagen einer Post-Convention zwischen den Vereinigten Staaten und Belgien bereits entworfen haben, welche ins Leben treten wird, sobald ersterer Plan sich verwirklichen würde. Für diesen Fall steht denn auch der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Belgien und der Amerikanischen Union in Aussicht.

Schweiz.

Zürich. Wir haben unserm Bericht über die Volksversammlung von Unterstraß noch beizufügen, daß eine bedeutende Anzahl Aargauer, Luzerner, Berner, Basellandschäftler, Thurgauer und selbst Solothurner derselben beiwohnten: ob sehr befriedigt wissen wir freilich nicht. Ebenso war ein Wagen voll Deutscher von Konstanz, worunter der Zeitungsschreiber Fickler, der Bierbrauer Schalk und einige Staatsbeamtete, eingetroffen, und der bekannte Deutsche Follen zog an der Spitze eines Häufchens seiner Landsleute von seinem Hause aus nach dem Platze.

Bern den 28. Jan. Der Entwurf der Instruktion für die außerordentliche Tagsatzung, wie ihn der Regierungsrath angenommen hat, lautet: Die Gesandtschaft ist angewiesen: 1) Dahin zu wirken, daß die Tagsatzung erkläre, die Jesuitenfrage sei Bundessache. 2) Dahin zu wirken, daß die Tagsatzung erkläre, der Orden der Gesellschaft Jesu solle aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft entfernt werden. 3) Dahin zu wirken, daß die Tagsatzung erkläre, Freischaaren, welche nicht unter den Befehlen der Kantonalregierungen stehen, seien in der Eidgenossenschaft unzulässig. Diesem nach seien sämmtliche Stände einzuladen, durch geeignete Gesetze dem Einfalle freiwilliger Schaaren aus ihrem Kanton in ein anderes Gebiet vorzubeugen und solche, jede gesellschaftliche Ordnung und jeden völkerrechtlichen Verkehr zerstörende Handlungen auf allgemeine Weise zu bestrafen. 4) Die Gesandtschaft ist ermächtigt, je nach der Lage der Dinge denjenigen Anträgen anderer Mitstände sich anzuschließen, welche dem Sinne und Zwecke dieser Instruktion am nächsten stehen. 5) Die Gesandtschaft erhält die Weisung, in unvorhergesehenen und überhaupt in allen Fällen, welche diese Instruktion nicht berührt, sich an den Regierungsrath zu wenden, welcher je nach Umständen ihr Aufträge oder Vollmachten ertheilen oder den Gr. Rath einberufen lassen wird. — Die Adresse des Comites des Ober-Aargauischen Volksvereins gegen die Jesuiten an Landammann und Großen Rath der Republik Bern enthält die Anträge, Bern solle: 1) Zum Zwecke der Austreibung der Jesuiten aus der Eidgenossenschaft auf legalem Wege sofortige möglichst schnelle und unverzögerte Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung anverlangen. 2) An die Tagsatzung so wie auf Austreibung der Jesuiten, eben so auch auf gänzliche Niederschlagung der gegen die Gefangenen und Flüchtlinge des Kantons Luzern angehobenen Staats- und Untersuchungsprozesse durch Geltendmachung der kräftigsten Mittel hinwirken. — Bei der Volksversammlung zu Wimmis am 26. Jan. zählte man gegen 3000 Anwesende, so daß die Versammlung im Freien abgehalten werden mußte. Herr Amtsgerichtspräsident Weißmüller präsidirte derselben. Die Beschlüsse von Fraubrunnen, Ins, Sumiswald und Herzogenbuchsee wurden angenommen und dem am letztern Orte beschlossenen Volksbunde nicht nur beigestimmt, sondern auch die Organisirung von Freischaaren beinahe einstimmig beschlossen. (B. Verff.) — Auch in Wüsingen hat am Sonntag eine Versammlung von Bürgern des Amtsbezirks Konolfingen stattgefunden. Es waren 3—400 Männer erschienen und die Versammlung mußte in der Kirche abgehalten werden. Beschlossen wurde eine Ergebenheitsadresse des Amtsbezirks Konolfingen an die Regierung, mit der Bitte, alle legalen Mittel aufzubieten, die Jesuiten aus der Schweiz zu bringen und die Luzerner Regierung zu bewegen, das Gesetz vom 7. Januar zurückzunehmen. — Die nur 500 Mann starke Versammlung von Zweisimmen am verflossenen Sonntag scheint nicht ohne einige Opposition von Seiten der Gemäßigten sich verlaufen zu haben. Man schloß sich den Beschlüssen von Frauenbrunnen, Ins und Sumiswald an.

Rußland und Polen.

St. Petersburg den 24. Jan. (Spen. Z.) Das große volkreiche Dorf Iwanowo im Gouvernement Wladimir, eine Besitzung des Grafen Scheremetjew, kann das Russische Manchester genannt werden. Unlängst war es von einer argen Feuersbrunst eingeäschert, ist aber seitdem schöner wieder aufgebaut worden. Es besitzt eine Menge stattlicher Fabrikgebäude, alle von Stein, mehrere Stock hoch, 7 Kirchen, an 1600 Häuser, eine Bevölkerung von 6000 Individuen; unter ihnen mehre reiche Kaufleute. Alle Bewohner sind dem Grafen erbunterthänig, zahlen ihm jährlich eine Kopfsteuer und können dann frei ihren Gewerben obliegen. (— Glückliche Leute, die bloß Leibeigene sind! —) Unter den an den Fabriken bethätigten Meisterleuten befinden sich einige 20 Engländer und Franzosen. Der industriöse Geist dieser Dorfbewohner schreibt sich schon aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts her. Die Cattun- und Zitzdruckereien waren ihr erstes Geschäft. Als Moskau's Fabriken und Manufakturen bei der Invasion Napoleons im Jahre 1812 fast gänzlich zerstört wurden, erhielt die Industrie des Dorfes Iwanowo ihren

(Beilage.)

# Beilage
zur
# Zeitung für das Großherzogthum Posen.

№ 32. Freitag den 7. Februar. 1845.

größten Aufschwung und legte den Grund zu dem heutigen blühenden Zustande desselben. Es zählt jetzt bereits 130 Fabriken und der jährliche Umsatz seiner Fabrikate wird auf 8 Mill. S.-Rubel angegeben.

Von der Russischen Grenze. — Sowohl die mündlichen wie brieflichen Nachrichten, welche wir seit einigen Wochen aus Petersburg und dem Süden erhalten, entwerfen über die Lage der Russen im Kaukasus eine ziemlich ungünstige Schilderung. Bei dem in jenen Gegenden ungewöhnlich früh eingetretenen Winter und den Zwistigkeiten, welche unter den russischen Befehlshabern ausgebrochen waren, hatten die Operationen der Russen bereits im Monat Oktober eingestellt werden müssen, und das Heer war auf die befestigten Plätze in Cantonnirungen beschränkt, während die Bergvölker, mit der Natur ihrer Heimath auch in dieser Jahreszeit innig vertraut, ihre Thätigkeit ungehemmt fortsetzten. Ihre Angriffe waren hauptsächlich auf die kleinern befestigten Punkte der russischen Linie, von denen sie eine Anzahl wegnahmen oder die Russen zu deren Aufgebung nöthigten, dann aber auf diejenigen umliegenden Stämme gerichtet, welche entweder der russischen Herrschaft gehorchten oder doch eine neutrale Stellung einnahmen. Von diesen sind einige durch Schamyl's glänzende Erfolge angezogen, andere durch Waffengewalt genöthigt, bereits auf die Seite der Tschetschenzen getreten. Daß ihnen noch mehre folgen werden, unterliegt wohl bei der gegenwärtigen Lage der Dinge im Kaukasus keinem Zweifel; demungeachtet möchte aber die Behauptung einiger Reisenden, daß bis zum Frühjahr sämmtliche den Russen unterworfene oder neutrale Stämme gegen diese unter den Waffen stehen werden, sich als übertrieben erweisen. Die russischen Verluste sind ohnehin groß genug, indem in einem Zeitraum von 1½ Jahren die Früchte eines sechsjährigen blutigen Kampfes größtentheils verloren gegangen sind. Auch wird Rußland, sobald es nur einiger Maßen die Jahreszeit gestattet, die größten Anstrengungen machen, um das Verlorene wieder zu erringen und weitern Verlusten vorzubeugen. Die Vorbereitungen dazu werden bereits gemacht. Die Armee soll auf 120,000 bis 130,000 Mann gebracht, das bisherige System der Kriegsführung wesentlich modifizirt und namentlich die Offensive wieder mit allem Nachdruck ergriffen werden. Die meisten Unterbefehlshaber werden, gleich dem Chef der kaukasischen Armee, durch andere Generale ersetzt. Mehre von ihnen sind nach Petersburg beschieden, um sich dort wegen ihrer Dienstführung zu verantworten. Auf den General Woronzow setzt der Kaiser ein unbegränztes Vertrauen; ob er im Stande sein wird, dieses zu rechtfertigen, ob er den Krieg gegen die Berg-Völker mit mehr Glück führen wird, als seine Vorgänger, wird die Zukunft lehren.

## Türkei.

Konstantinopel den 25. Jan. (Oest. Beob.) Am gestrigen Tage begab sich der Königl. Preußische Gesandte bei der hohen Pforte, Herr von Le Coq, in Begleitung seines sämmtlichen Gesandtschafts-Personals, zum Groß-Wesir, um zwei Schreiben seines Souverains an den Sultan zu übergeben; das eine davon enthält die Antwort auf die Zuschrift, welche der Sultan an Se. Majestät den König von Preußen gerichtet und worin er seine Freude über das Mißlingen des Attentats vom 26. Juli v. J. ausgesprochen hatte, das zweite Schreiben war eine Erwiderung auf das Notifikations-Schreiben über die Geburt des Prinzen Reschad.

Von der Türkischen Grenze den 15. Jan. (K. Z.) Vorige Woche verbreitete sich die Sage, daß der aus Serbien emigrirte Anhang der vertriebenen Obrenowitsche eine neue Expedition gegen Serbien in den Oesterreich. Grenzländern vorbereite, und daß ein Corps von 250 Mann, welches einen neuen Einfall unternehmen werde, beinahe vollständig ausgerüstet sei. (Bekanntlich bestand die Schaar des Joannowitsch, womit derselbe im Oktober v. J. die Serbische Grenzstadt Schabacz überfiel, nur aus einigen dreißig Köpfen, die bei'm Vordringen nach dem Innern des Landes alle ihr Leben einbüßten.) Jene Nachricht hat sich zwar als offenbar falsch erwiesen; allein unverkennbar ist eine neue Regsamkeit in der Umgebung Serbien's, deren Zweck auf einen Umsturz der Dinge in diesem Lande gerichtet ist. Man wird sich erinnern, daß den dermaligen Machthabern in Serbien, kurz nachdem sie an's Ruder gelangt, von Seiten der bei den Serbischen Angelegenheiten zunächst betheiligten Mächte zum Hauptverbrechen gerechnet wurde, daß sie sich mit der polnisch-slavischen Propaganda in Verbindung eingelassen hätten. Nun zeigt es sich aber

deutlich, daß jene Beschuldigung entweder irrig oder wenigstens sehr oberflächlich begründet war, indem sich grade die als die eifrigsten Propagandisten bekannten Individuen als die wüthendsten Gegner der jetzigen Regierungen in Serbien geberden und unter den Slaven in Bulgarien und Bosnien, auch in der Oesterreichischen Militärgränze, Alles in Bewegung setzen, um die Serbische Regierung zu stürzen und sie in der öffentlichen Meinung möglichst herabzuwürdigen. Es existirt sogar eine von Polen verfaßte, ins Serbische übersetzte Proclamation, deren Inhalt es jedem Slaven zur Pflicht macht, das Seinige zu thun, und der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in Serbien ein Ende zu machen. Merkwürdiger Weise ist zugleich hier allgemein die Sage verbreitet, daß eine an Einfluß dem Oesterreichischen Staatskanzler zunächst stehende hohe Autorität sich für eine Restauration der Obrenowitsche in Serbien aufs lebhafteste interessire, welche Sage so handgreiflich falsch ist, daß sie nur ihrer Sonderbarkeit wegen erwähnt zu werden verdient. — In der Oesterreichischen Militärgränze ist indessen die Wachsamkeit verschärft und den betreffenden Regimentern der Auftrag geworden, sich stets kampfbereit zu halten. Diese Anordnung findet verschiedene Auslegung; von der Serbischen Regierung wird sie nämlich als eine Maßregel zu ihren Gunsten, von ihren Feinden aber als eine Demonstration gegen Serbien betrachtet.

### Aegypten.

Alexandrien den 6. Januar. (A. Z.) Nachrichten aus dem Innern zufolge greift die Rinderpest daselbst immer weiter um sich. Es ist dies ein unberechenbares Unglück für das Land, da dem größten Theil der Landbesitzer die Mittel fehlen, um den Verlust zu ersetzen. In Kahira sind dreitägige öffentliche Gebete angeordnet, um das Aufhören jener Seuche zu erflehen; wäre die orientalische Pest ausgebrochen, so würde man seine Zuflucht nicht zu öffentlichen Gebeten genommen haben, da diese nur Menschen hinrafft und die Moslemin Fatalisten sind.

---

## Vermischte Nachrichten.

Nach Ausweis der Listen des Polizei-Fremden-Büreau's sind im Laufe des Monats Januar d. J. im Ganzen 1166 Fremde hier in Posen eingetroffen.

Berlin. — Die vielbesprochene Kronleuchtergeschichte des hiesigen neuen Opernhauses ist jetzt bis an Se. Majestät den König gelangt. Bekanntlich hatte der Verfertiger dieses prachtvollen und in jeder Beziehung höchst originellen Lüsters für seine Arbeit die Summe von 6000 Thlr. gefordert, der Baumeister Herr Langhans aber die Forderung zu hoch befunden. Herr Kummer stellte darauf das Ersuchen, seine Arbeit durch Sachverständige abschätzen zu lassen und wandte sich, als er hiermit nicht durchzudringen vermochte, an den Grafen Redern, als den Chef der Baukommission. Dieser bot 2000 Thlr. Der Künstler forderte seinen Lüster gerichtlich zurück, ward aber vom Kammergericht abgewiesen, weil er bereits tradirt und somit Eigenthum geworden wäre. Er stellte nunmehr eine ordentliche Klage gegen die Baukommission auf Zahlung des geforderten Lohnes an und bat zugleich um möglichste Beschleunigung, weil durch die fortwährende Benutzung des Kronleuchters die spätere Feststellung des ursprünglichen Werthes sehr erschwert werde, abgesehen davon, daß er, der sein Werk im August v. J. ablieferte, den Genuß einer bestimmt erwarteten Summe nicht ohne Nachtheile entbehre. Das Kammergericht beraumt für die Mitte des Februarmonats einen ersten Termin an. In dieser Bedrängniß hat Herr Kummer sich jetzt mit einer Immediat-Beschwerde an Se. Majestät den König gewandt.

(Wien.) Großes Aufsehen macht das Gerücht von dem dieser Tage von dem Erzherzog Albrecht zu gebenden militairischen Bankett im Odeon. S. K. Hoheit giebt dasselbe zur Feier seiner Installation als Kommandirender von Nieder-Oesterreich, und es sollen dazu sämmtliche Offiziere der Garnison und auch die des Bürger-Militairs geladen werden. Nun hieß es auch, daß der Prinz das Projekt hatte, dieses Fest gleichzeitig mit einem Balle zu verbinden, wozu die Frauen der Generäle, Stabs- und Ober-Offiziere geladen und damit der Versuch gemacht werden sollte, zum erstenmale die Frauen des hohen Adels mit den Frauen des niederen und Verdienst-Adels in Berührung zu bringen. Jedermann kennt den Stolz jener Frauen, die in ihren Salons keiner Dame niederen Adels oder gar Frauen von Banquiers Zutritt gestatten. Man weiß, daß schon öfters Damen fremder Höfe, die nach ihrer Meinung nicht vom aristokratischen Vollblute waren, selbst in den Salons der Kaiserin und der Erzherzogin Sophie kaum geschützt waren, von dieser fanatischen Frauenwelt mit scheelen Augen angesehen zu werden, und daß es des ganzen Ansehens der kaiserlichen Frauen bedurfte, um solchen Gästen den Muth zu geben, dieser Frauen-Clique gegenüber Stand zu halten. Der Versuch des Erzherzogs scheiterte. — Nächst dieser, unser Zeitalter entwürdigenden Geschichte macht hier noch Aufsehen, daß der Polizei-Direktor v. Aberg dieses Postens enthoben und zum Hofrathe der obersten Polizei-Hofstelle ernannt worden ist. Statt seiner kommt der Polizei-Direktor von Prag, Peter Muth, hierher.

Aus den Sudeten. — Landleute, welche wie gewöhnlich im Winter, über die Grenze aus Böhmen mit Produkten zu uns kommen, brachten die Nachricht mit, daß in der Mitte vorigen Monats — also im Januar — bei Prag, nach der Gegend von Teplitz hin, an mehreren Orten Weizen gesäet worden sei. Die Erde wäre völlig frei von Frost, ganz trocken und also vollkommen geeignet zur Einsaat gewesen; man habe daher die Zeit benutzt, da ein spätes Frühjahr kaum ausbleiben dürfe. Gewiß ist dies ein höchst seltener Vorfall in unserm Klima!

Ein Berliner Zahnarzt war mit der Suite des Kaisers von Rußland nach Petersburg gekommen, hatte dort vielfältig in Anspruch genommen, Dienste geleistet, wünschte nun zurückzukehren und erhielt bei der Abschiedsaudienz vom Kaiser die Weisung, sich von seinem Intendanten eine Gratifikation von 10,000 Rubel Silber geben zu lassen. Der Intendant, ein Altrussischer Fürst, empfing den Arzt sehr ungnädig, sprach mit vornehmer Geringschätzung, ja mit Verachtung von den vielen Deutschen Abentheuern, welche noch immer, trotz aller Vorsichtsmaaßregeln und Grenzsperren, Rußland überschwemmten, aussaugten, die Gnade des Kaisers mißbrauchten, und warf dem Zahnarzt alsdann einen Brillantring hin, welcher nicht den zehnten Theil des bestimmten Werthes hatte. Der Arzt äußerte bescheiden, daß seine Verhältnisse ihm nicht gestatteten, ein Souvenir anzunehmen, und daß er — gegen Zurücklassung der üblichen 7½ Prozent, um die Auszahlung der festgesetzten Summe in baarem Gelde bitte. — Der Fürst und Intendant sagte, wenn er damit nicht zufrieden sei, so könne er gar nichts bekommen, und wandte dem Arzt den Rücken. Dem Geprellten wußte Niemand zu rathen, bis ein Freund desselben, ein Gardeoffizier, ihm sagte, er möchte versuchen, ob es ihm nicht glücke, bei einer öffentlichen Gelegenheit von dem Kaiser angeredet zu werden. Diesen Wink faßte der Berliner auf, drängte sich, wo nur der Kaiser irgend zu sehen war, vor, und siehe, bei einer großen Parade, bei welcher er in den ersten Reihen der Zuschauer stand, gewahrte der Kaiser seiner und traf den rechten Punkt mit der Frage: „Warum sind Sie denn noch in Petersburg, ich denke Sie sind längst abgereist." Der Arzt zuckte die Achseln und berichtete, daß er nicht fort könne, weil es ihm an Geld mangele, und er das kaiserliche Geschenk, das Se. Majestät ihm gemacht, nicht erhalten. — Der Kaiser ließ sich den Hergang erzählen, war durchaus nicht verwundert über den Vorfall, der ihm etwas Gewöhnliches sein mußte, verhalf jedoch dem Arzt zu seinem Gelde ohne Prozentabzug. — Der Gardeoffizier rieth nun aber seinem Freunde, noch nämlichen Tages mit dem Dampfschiff oder mit Extrapost abzureisen, wenn er nicht — rc. Der Rath ward befolgt.

Vor einigen Tagen erhielt die Kunstreiterin L. von einem bekannten Grafen ein Briefchen, in welchem er ihr tausend Gulden für ein zärtliches Rendezvous bot. Die treue Gattin gab aber das Briefchen ihrem Manne, der gleich gefaßt war, und ein ähnliches Briefchen an die schöne Frau des Grafen schrieb, in welchem er ihr aber zweitausend Gulden bot. Die empörte Gräfin wendet sich an die Polizei. L. wird gerufen. Er anerkennt seine an die Gräfin geschriebenen Zeilen, zeigt aber auch die des Grafen vor. Der Polizei-Commissär ist äußerst betroffen und der galante Franzose entfernt sich lachend über das — nun zum Stadtgespräch gewordene Histörchen.

---



---

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen, den 14. August 1844.

Das Grundstück des Christian Zimmermann und seiner Ehefrau Florentine gebornen Nitschke Nro. 203. hier auf der Vorstadt St. Martin, abgeschätzt auf 9845 Rthlr. 3 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 11ten März 1845 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Miterben von den Besitzern, namentlich:

a) die Auguste Zimmermann, Tochter des Christoph Zimmermann,
b) der Matthias Zimmermann, Sohn des David Zimmermann,
c) die Kinder des in Xiondz verstorbenen Johann Gottlieb Nathan Nitschke,

Caroline Rosine, Anna Susanna,
Florentine, Rosine Florentine,
Dorothea Wilhelmine, Ferdinand
und Benjamin
Geschwister Nitschke, und
d) die Kinder der Caroline Reichward, früher verehelicht gewesenen Ziebold,
Johann, Friedrich, Emilie und
Rudolph,
Geschwister Ziebold,
werden hierzu öffentlich vorgeladen.

---

Bekanntmachung.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß des im Jahre 1767 verstorbenen Kaufmanns und Bürgermeisters Christian Viebig und dessen Ehefrau, Anna Maria geborne Kintzel, gestorben den 27sten September 1792, so wie der am 15ten Juli 1821 verstorbenen Anna Maria Gumpert gebornen Viebig, und deren am 19ten Oktober 1825 verstorbenen Ehemannes, Medizinalraths Christian Gottlob Gumpert, Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch aufgefordert, sich mit ihren Anforderungen binnen drei Monaten, vom Tage der geschehenen Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Gerichte zu melden, widrigenfalls sich dieselben nach erfolgter Theilung des Nachlasses nur an jeden Erben nach Verhältniß seines Antheils werden halten können.

Meseritz, den 21. Januar 1845.

Königliches Land- und Stadtgericht.

---

Bekanntmachung.

In nachbenannten Ortschaften, als:

1) Zasutowo, Kreises Schroda,
2) den 17 Windmühlenbesitzungen der Stadt Kosten, Kreises Kosten,
3) Siedlec, Domainenamts Altkloster, Kreises Bomst,
4) Wulka, Kreises Wreschen,
5) Stadt Schwerin, Kreises Birnbaum, und
6) Lonke, Kreises Inowraclaw,

sind Regulirungen der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, Gemeinheitstheilungen, Separationen, Dienst-, Naturalien- und Laudemial-Ablösungen in Bearbeitung.

Indem dies zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, werden alle unbekannte Interessenten dieser Auseinandersetzungen aufgefordert, sich in dem auf

den 31sten März d. J. Vormittags
11 Uhr

hierselbst in unserm Partheienzimmer anberaumten Termin bei dem Herrn Kammergerichts-Assessor Gabler zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame zu melden; widrigenfalls sie die Auseinandersetzungen, selbst im Fall der Verletzung, wider sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Posen, den 29. Januar 1845.

Königlich Preußische General-Kommission für das Großherzogthum Posen.

---

Ein Kapital von 1500 bis 3000 Thaler wird, gegen volle hypothekarische Sicherheit, gesucht. Das Nähere kleine Gerberstraße No. 6. Parterre.

---

Vacante Stellen.

Mehrere Handlungs-Commis, 2 Buchhalter und 1 Reisender, werden in allen Branchen unter sehr vortheilhaften Bedingungen gesucht. Reflektirende belieben sich baldigst frei zu wenden an

Kazior in Breslau.

---

**Ein neues Flügel-Pianoforte,** vorzüglich gut im Ton, steht wieder bei Unterzeichnetem zum Verkauf; desgleichen ein gebrauchtes tafelförmiges Fortepiano.

Carl Ecke, Instrumentenbauer,
Bergstraße No. 8. der Posthalterei gegenüber.

---

Der Laden am Breslauer Thor No. 5. ist sofort, oder auch von Ostern ab zu vermiethen.
Das Nähere daselbst im Laden No. 2.
Posen, den 3 Februar 1845.

---

Gebratener Stockfisch alle Tage zum Frühstück, à Portion 3 Sgr., Markt No. 62.

K. Peskary.

---

Ein kastanienbraun und weiß gefleckter Wachtelhund ist dem Unterzeichneten in der vorigen Woche abhanden gekommen. Wer das Thier in der Breiten-Straße, Haus No. 14., abgiebt, erhält eine angemessene Belohnung.

v. Kalkstein.

---

## *Börse von Berlin.*

**Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel**

| Den 4. Februar 1845. | Zins-Fuss. | Preus. Cour Brief. | Geld. |
|---|---|---|---|
| Staats-Schuldscheine . . . . . . | $3\frac{1}{2}$ | $100\frac{1}{12}$ | $99\frac{7}{12}$ |
| Präm.-Scheine d. Seehandlung . | — | — | $93\frac{1}{4}$ |
| Kurm. u. Neum. Schuldverschr. | $3\frac{1}{2}$ | $99\frac{5}{8}$ | $99\frac{1}{8}$ |
| Berliner Stadt-Obligationen . . | $3\frac{1}{2}$ | $100\frac{1}{4}$ | — |
| Danz. dito v. in T. . . . . . . . . | — | 48 | — |
| Westpreussische Pfandbriefe . . | $3\frac{1}{2}$ | 99 | — |
| Grossherz. Posensche Pfandbr. . | 4 | $104\frac{1}{4}$ | — |
| dito dito dito . . | $3\frac{1}{2}$ | $97\frac{3}{4}$ | — |
| Ostpreussische dito . . | $3\frac{1}{2}$ | — | 100 |
| Pommersche dito . . | $3\frac{1}{2}$ | $100\frac{3}{8}$ | $99\frac{7}{8}$ |
| Kur- u. Neumärkische dito . . | $3\frac{1}{2}$ | $100\frac{1}{2}$ | 100 |
| Schlesische dito . . | $3\frac{1}{2}$ | $99\frac{3}{4}$ | — |
| Friedrichsd'or . . . . . . . . . . . | — | $13\frac{7}{12}$ | $13\frac{1}{12}$ |
| Andere Goldmünzen à 5 Thlr. . | — | $11\frac{7}{12}$ | $11\frac{1}{12}$ |
| Disconto . . . . . . . . . . . . . | — | $3\frac{1}{2}$ | $4\frac{1}{2}$ |
| **Actien.** | | | |
| Berl. Potsd. Eisenbahn . . . . . | 5 | $197\frac{1}{2}$ | — |
| dto. dto. Prior. Oblig. . . . | 4 | — | — |
| Magd. Leipz. Eisenbahn . . . . . | — | $183\frac{1}{2}$ | $182\frac{1}{3}$ |
| dto. dto. Prior. Oblig. . . | 4 | — | $103\frac{1}{2}$ |
| Berl. Anh. Eisenbahn . . . . . . | — | 153 | 152 |
| dto. dto. Prior. Oblig. . . . | 4 | — | 102 |
| Düss. Elb. Eisenbahn . . . . . . | 5 | — | — |
| dto. dto. Prior. Oblig. . . . . | 4 | — | $98\frac{7}{8}$ |
| Rhein. Eisenbahn . . . . . . . . | — | 96 | — |
| dto. dto. Prior. Oblig. . . . . | 4 | $99\frac{3}{8}$ | — |
| dto. vom Staat garant. . . . . . | $3\frac{1}{2}$ | $96\frac{3}{4}$ | — |
| Berlin-Frankfurter Eisenbahn . | 5 | $161\frac{1}{2}$ | — |
| dito. dito. Prior. Oblig. | 4 | — | — |
| Ob.- Schles. Eisenbahn . . . . . | 4 | $122\frac{1}{2}$ | — |
| do do. do. Litt. B. v. eingez. | — | 113 | 112 |
| Brl.-Stet. E. Lt. A und B. . . . | — | 131 | — |
| Magdeb-.Halberstädter Eisenb. | 4 | 116 | 115 |
| Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb. | 4 | — | — |
| dito. dito. Prior. Oblig . . | 4 | — | — |
| Bonn Kölner Eisenbahn . . . . | 5 | — | — |